

**Von den Siegern geschrieben.
Anmerkungen über die „Welt“ in „Weltgeschichte“**

Manuela Boatcă

((1)) Die Herausforderungen, vor welche die fortschreitende Globalisierung die nationalstaatlich legitimierten und -organisierten akademischen Disziplinen stellt, treiben auch die Sozialwissenschaften um. Deutschland ist in dieser Hinsicht spät dran – allein im Vergleich zu den USA, wo die Welt-systemanalyse seit über 30 Jahren institutionell verankert und wo die Weltgeschichte seit mehr als 20 Jahren durch eine eigene Fachzeitschrift vertreten ist (Nolte (3, 4)). In Deutschland selbst sind manche Fächer noch viel später dran, als andere: Dass der Soziologe Immanuel Wallerstein hierzulande vornehmlich als Historiker wahrgenommen wird, liegt nur zum Teil daran, dass seine Arbeit hauptsächlich über den Verein für die *Geschichte* des Weltsystems bekannt gemacht und fortgeführt wurde. Genauso entscheidend für seine disziplinäre (Fremd)Zuordnung war der methodologische Nationalismus, der die Soziologie seit ihrer Institutionalisierung im 19. Jahrhundert kennzeichnete, und den Reinhard Kreckel noch 2006 als „Rezeptionssperre“ für eine weltgesellschaftliche Öffnung der Soziologie anprangerte¹. Während also Weltgeschichte bzw. Globalgeschichte auch im deutsch(sprachig)en Raum mittlerweile als (Sub)Disziplinen Fuß fassen, ist in der Soziologie zwar von multiplen Modernen, Weltgesellschaft und Globalisierung die Rede – von einer globalen Soziologie jedoch keine.

((2)) Diese späte Entwicklung kann Grund zur Freude und zur Sorge zugleich bieten. Freude deshalb, weil sie den Vorteil mit sich bringt, anderswo erprobte und bereits gereifte theoretische Ansätze und institutionelle Modelle gewissermaßen „kostengünstig“ übernehmen zu können: Was Thorstein Veblen im Industrialisierungsprozess als die „merits of borrowing“ des Spätindustrialisierers Deutschland ansah und Englands „penalty of taking the lead“ gegenüberstellte², war für Trotzki im Falle Russlands gleich als „Privileg der historischen Verspätung“ zu betrachten: Spätankömmlinge dürfen, ja müssen sich „das Fertige vor der bestimmten Zeit aneignen, eine Reihe Zwischenetappen [...] überspringen“³, und haben damit ein größeres Potential, Neues zu schaffen. Weltgeschichte als Fach in Deutschland zu implementieren ist also notwendig, birgt jedoch die latente Gefahr, von bestehenden Vorbildern nicht nur den globalen Blick – die „Welt“ in Weltgeschichte –, sondern auch die nationalstaatlich bedingten Blickverengungen zu übernehmen. Daher die Sorge. Wie Nolte ((3)) für die USA und die Sowjetunion anmerkt, wird Weltgeschichte leicht zum Vehikel von Perspektiven der Macht, und damit zu einer Nationalgeschichtsschreibung mit globalem – im Falle der Modernisierungstheorie universellem – Anspruch. Als Kolonialgeschichte betrieben, die rückwirkend eine staatliche Expansionspolitik legitimiert, begründet sie sogar einen rein nationalen Machtanspruch, der sich jedoch nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien auf zwei oder mehrere Staaten bezieht und sich damit – argumentativ zumindest – auf einer transnationalen, wenn nicht gleich auf einer globalen Ebene bewegt: Die heftigen Debatten

nach der Verabschiedung des französischen Gesetzes vom 23. Februar 2005, das unter anderem ForscherInnen, Lehrkräften und SchulbuchautorInnen vorschrieb, „die positive Rolle der französischen Kolonisierung in Übersee und besonders in Nordafrika“ hervorzuheben, haben nicht nur die Abschaffung des betreffenden Gesetzesartikels zur Folge gehabt, sondern auch zur Gründung der Partei der „Eingeborenen der Republik“ geführt. Ihre Mitglieder, oft ehemalige Kolonialsubjekte Frankreichs, erinnern seitdem mit regelmäßigen Initiativen daran, dass es die französische Kolonialmacht war, die sowohl für das Massaker algerischer DemonstrantInnen im Mai 1945, als auch für das in Algerien eingeführte konfessionelle Apartheidsystem verantwortlich zeichnete⁴. Parallel dazu sprachen sich einige der bekanntesten HistorikerInnen Frankreichs in einer einflussreichen Petition gegen die Vereinnahmung der Geschichte durch die Politik mittels dieses und anderer in Frankreich verabschiedeter „Erinnerungsgesetze“ aus – ein Begriff, der durch den Anspruch, den Zugang zu und die Vermittlung von Geschichte staatlich zu regulieren stark an George Orwells „Wahrheitsministerium“⁵ erinnert.

((3)) Das Beispiel Frankreichs soll aber nur stellvertretend für eine systematische Konstruktion von Nationalgeschichten stehen, die auf der Ausblendung der kolonialen oder imperialen Vergangenheit eines Staates und damit auf Perspektiven der Macht basiert. Gleichzeitig sind derartige Beispiele Gegenbeweise dafür, dass es die zunehmende Globalisierung sei, die Weltgeschichte erst notwendig erscheinen lässt, weil Nationalgeschichten nicht mehr ausreichend Erklärungskraft besitzen würden (Nolte ((3))). Wie schon Salman Rushdie mit der berühmten Formulierung „the trouble with the English is that their history happened overseas, so they don't know what it means“⁶ anmahnte, fehlte es innengerichteten Nationalgeschichten auch im weniger dicht globalisierten 19. Jahrhundert erheblich an Erklärungskraft. Dies ist nicht unbedingt nur im Kontext von kolonialen oder imperialen Machtasymmetrien der Fall, sondern gilt auch für Verflechtungen und die gegenseitige Durchdringung von Gesellschaftsmodellen innerhalb des Westens selbst. Die gleichen deutschen Universitäten, die sich heute an (U.S.-)amerikanischen messen lassen müssen (Nolte ((3))), hatten im 19. Jahrhundert mit dem Humboldtschen Universitätsmodell deren institutionelles wie intellektuelles Vorbild⁷ geliefert und bis zum Ersten Weltkrieg deren angesehensten Sozialwissenschaftler ausgebildet. Die Herausbildung des Typus der privat finanzierten U.S.-amerikanischen Universität Anfang der 20. Jahrhunderts unter der Schirmherrschaft industrieller Magnaten wie Rockefeller, Carnegie oder Stanford konnte demnach erst über eine „de-germanisierung“⁸ des geltenden Hochschulsystems erfolgen, das sich jahrzehntelang an Humboldts Kulturstaatskonzept sowie am Modell der deutschen Staatswissenschaften orientiert hatte. Eine „neue, alle Nationen, Regionen und ‚Einzelgebiete historischen Lebens‘ umfassende Weltgeschichte“ (Nolte ((3))) ist deshalb weder erst kürzlich notwendig geworden, noch würde es reichen, wenn sie sich allein auf einige wenige Jahrzehnte der dichter werdenden Globalisierung beschränken würde. Vielmehr erfordert die vor kurzem gewonnene *Erkenntnis*, dass wir eine Weltgeschichte brauchen, eine Umstrukturierung der histori-

schen Sozialwissenschaften in synchronischer Breite – d.h., die Einbeziehung der „Welt“ in Gegenwartsdiagnosen – wie diachronischer Tiefe – d.h., die Historisierung von globalen Perspektiven in sozialwissenschaftlichen Analysen.

((4)) Einen geeigneten Ansatz hierfür würden die von Geiss ((11, 12)) vorgeschlagene eurasisch-globale Erweiterung der eurozentrischen Periodisierung Antike-Mittelalter-Neuzeit und die Verbindung von chronologischem mit prozess-/strukturgeschichtlichem Vorgehen bei der Analyse des Eurasischen Systems bieten. Allerdings macht sich eine Weltgeschichte, die „deutschen Qualitäten“ lediglich „russische Quantitäten“ in der Machtgeschichte Europas gegenüberstellt, und dem orthodoxen Russland letztlich Defizite an „zivilisatorisch-ökonomischen Qualitäten“ (Geiss (15)) attestiert, desselben Eurozentrismus/Okzidentalismus schuldig, dem sie durch die weltgeschichtliche Öffnung zu entkommen versucht. Indem sie „das lateinische Europa – Völker, die römisch-katholisch sind oder waren, ihre europäische Sprache in lateinischer Schrift schreiben“ (Geiss ((13)) – zum Inbegriff des Westens und zum Kern Europas deklariert, wird es selbst zu einer von Siegern geschriebenen Weltgeschichte, die, ähnlich wie zahlreiche Nationalgeschichten zuvor, Machtverhältnisse rückwirkend legitimiert. Demzufolge ist einer der Gründe, warum EU-Europa keine „Oase des Friedens und Wohlstands sein“ kann, die Überdehnung über seinen *lateinischen* Kern hinaus ((24)) – eine Diagnose, die das EU-Motto der „Einheit in der Vielfalt“ und damit einige kulturelle und politische Grundsätze der Europäischen Union selbst in Frage stellt. Als neuere (und neueste) EU-Beitritte würden in erster Linie die meisten osteuropäischen Mitgliedsstaaten an dem einen oder anderen Kriterium dieser neuen Latinität scheitern und wären nach Geiss’ Definition Beispiele für den imperial overstretch EU-Europas: Bulgarien auf Grund der nicht lateinischen Schrift, Rumänien wegen der orthodoxen Religion, Ungarn angesichts der nicht europäischen Sprache. Allerdings trifft Letzteres auch auf Finnland, Estland und Malta zu, und damit nicht mehr nur auf neue Mitglieder. Ganz im Gegenteil: Griechenland, Mitglied seit 1981 und Zypern, seit 2004, beide orthodox und mit eigenem Alphabet, würden gar keines der Kriterien erfüllen, außer, wenn Neu-Griechisch als europäische Sprache gelten soll (was angesichts der Anforderung, sie in lateinischer Schrift zu schreiben, sich als paradox erweisen würde). Gemäß dieser Logik wäre Griechenland – im okzidentalistischen Weltbild immerhin die „Wiege Europas“ – nicht Teil von dessen Kern. Alle Kriterien – römisch-katholisch, europäische Sprache, lateinische Schrift – erfüllen dafür aber die französischen Überseedepartements Französisch-Guyana, Réunion, Guadeloupe und Martinique, die damit sehr wohl zum lateinischen Kern EU-Europas gehören. Ihre Grenzen zu anderen südamerikanischen bzw. karibischen Staaten, die derzeit EU-Außengrenzen (in den Amerikas!) darstellen, würden in diesem Falle keine imperiale Überdehnung signalisieren. Oder?

((5)) Weltgeschichte hört offenbar auf Grund des weltumspannenden Blicks genauso wenig wie globale Soziologie auf, partielle Darstellung zu sein. Sie spiegelt die eigene Sprecherposition wider, die – selbst wenn nicht explizit durch die Staatspolitik vorgegeben – immer auch eine politische ist,

weil sie sich im Verhältnis zur Perspektive der Macht bewegt. Die von Geiss ((9)) thematisierte „fatale Gleichung „*negro*“ = „*slave*““ ist deshalb nicht nur *qua* Herkunft mit dem europäischen Kolonialismus verknüpft, sondern ist und bleibt konstitutiv für eine eurozentrierte Weltgeschichtsschreibung, in der zwar der *arabische* Sklavenhandel anhand seiner Betreiber identifiziert wird, der *europäische* hingegen unter dem geografisch-deskriptiven Etikett „transatlantischer Sklavenhandel“ sich einer eindeutigen Zuordnung erst einmal zu entziehen scheint⁹. Der Begriff „Rasse“ ist daher in erster Linie ein Erbe des europäischen Kolonialismus, über den die Ausdifferenzierung der Menschheit in Großgruppen erst zum Hierarchisierungskriterium wird. Dass er sich nach Auschwitz für Menschen verbiete (Geiss (7)), gilt jedoch in der Form nur für den deutschsprachigen Raum und zeugt somit von der oben angesprochenen, nationalstaatlichen Blickverengung – in dem Falle also von einer deutschen Perspektive auf die Weltgeschichte des Begriffes. Für andere (National)Kontexte lassen sich hingegen ganz andere Entwicklungen nachzeichnen: dort, wo die afrikanische Sklaverei eine Rolle gespielt hat, ist „Rasse“ bis heute eine Zensuskategorie – in den U.S.A. sogar die bedeutendste, in den U.S.-Pazifikterritorien, so wie Guam, eine wichtige Kategorie neben derjenigen der „ethnischen Herkunft“, in Brasilien jedoch weniger wichtig als Hautfarbe (*cor*)¹⁰. Eine deutlichere positive Sanktionierung des Begriffes durch den Staat wäre schwer vorstellbar. Die Rassenzugehörigkeit wird aber auch in europäischen Zensus abgefragt – in England sogar erst seit 1991, als Mittel der staatlichen Kontrolle der zunehmenden Immigration aus dem Commonwealth. Der problematische – und oft problematisierte – sozialwissenschaftliche Umgang mit dem Rasse-Begriff in Deutschland reduziert hingegen das Denken in Rassekategorien auf seine Verwendung im Zweiten Weltkrieg. Die Hervorhebung des Begriffes in wissenschaftlichen Beiträgen – sei es durch den Einsatz von Führungszeichen („Rasse“), Kursivschrift (*Rasse*) oder die Verwendung des englischen Terminus „*race*“ in ansonsten deutschsprachigen Texten – ist dabei explizit als Ausdruck einer vermeintlichen Distanz zur nationalsozialistischen Vergangenheit gemeint. Der Begriff wird aber damit von seiner systematischen, Jahrhunderte langen Verwendung im Zusammenhang mit dem europäischen Sklavenhandel und seinen Auswirkungen auf die heutige Hierarchisierung von Menschengruppen entkoppelt und als bedauerliche Ausnahme einer ansonsten von jedwedem Rassendenken freien Nationalgesellschaft wegerklärt. Seine anhaltende Relevanz für den angelsächsischen oder außer-europäischen Raum wird höchstens mit Verweis auf die jeweils anderen nationalen Kontexte begründet, scheint aber nicht für den deutschen Raum zu gelten. Damit ergibt sich schließlich die paradoxe Situation, dass als akut wahrgenommene Phänomene wie Rassismus und soziale Prozesse wie Rassifizierung sich hierzulande scheinbar gegenstandslos ereignen, da ihre Grundkategorie wissenschaftlich unaussprechlich bleibt¹¹.

((6)) Für die von Nolte geforderte Umstrukturierung des Faches Geschichte ist deshalb die systematische Behandlung der „Geschichte der drei Viertel der Menschheit, die zwischen Marokko und Japan lebten“ ((3)) notwendig, aber nicht ausreichend. Nicht nur der Umfang, sondern

auch die Perspektive der Geschichtsschreibung (wie des Geschichtsunterrichts) müssten globalen Prozessen gerecht werden, wenn sie keine bloßen Übertragungen nationaler Geschichtsmymen auf die globale Ebene sein wollen. Weltgeschichte als Teildisziplin an Schulen sowie an mehr deutsche Universitäten einzuführen wäre daher ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig sollte jedoch eine weltgeschichtliche Reflexion für die Geschichtswissenschaft als Fach – und damit auch für seine bereits bestehenden Teildisziplinen – selbstverständlich werden. Wie das Beispiel der Area Studies in der Geschichtswissenschaft, aber auch in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zeigt, führt das bloße Aufaddieren oder Hinzufügen von Spezial- und Teilgebieten selten dazu, das Selbstverständnis des Fachs selbst zu hinterfragen – solange sie eben nur Spezial- und Teilgebiete bleiben. Auf die Einführung der osteuropäischen Geschichte als Teildisziplin ist an den meisten deutschen Universitäten keine Etablierung eigener Schwerpunkte für ostasiatische, ostafrikanische oder karibische Geschichte gefolgt. Die ebenfalls verspätete und zudem zaghafte Einführung der Gender Studies als Teildisziplin in der Soziologie hat (nicht nur in Deutschland) keine geschlechtssensibilisierte allgemeine Soziologie, sondern höchstens die punktuelle und politisch korrekte Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht in soziologischen Analysen zur Folge gehabt. Auch für die USA, wo die Institutionalisierung von *ethnic studies* das Resultat der Bürgerrechtsbewegungen der 60er Jahre war, beklagen Sozialwissenschaftler die zunehmende Fragmentierung von Einzelinteressen, die als ebenso viele Partikularismen erscheinen, welche von den klassischen Disziplinen ohnehin bereits analysiert wurden und nach wie vor werden. An den Verhältnissen, aus deren Bekämpfung die Impulse für *ethnic* und *gender studies* ursprünglich entstanden waren – Rassismus, Sexismus, Xenophobie – vermögen sie ohne eine weitgehende Sensibilisierung der Sozialwissenschaften für diese Problemlagen nichts zu ändern¹².

((7)) Die Formel der multiplen Modernen wäre demnach als Ordnungsmodell für eine Umstrukturierung der Weltgeschichte (Nolte (3)) vielleicht weniger geeignet, als die aus ihrer Kritik entstandenen, soziologischen wie geschichtswissenschaftlichen Ansätze von verwobenen Modernen oder *connected histories*¹³. Während die Vorstellung von multiplen Modernen immer das Primat der einen, westeuropäischen Moderne voraussetzt, die im Nachhinein multiple oder alternative Ausprägungen erfährt, geht der Ansatz verwobener Modernen von geteilten Geschichten aus, die metropolitane und periphere Kontexte durch koloniale Herrschaft und imperiale Expansion systematisch miteinander verknüpft und deren jeweiligen Konfigurationen der Moderne geprägt hat. Nicht die politisch korrekte Mitberücksichtigung außereuropäischer Gesellschaften als „andere Modernen“ oder „varieties of capitalism“ ist dabei das Ziel der Eurozentrismus-Kritik, sondern die Schaffung einer relationalen Perspektive, die es erlaubt, die Auswirkungen von kolonialen oder imperialen Herrschaftsverhältnissen auf Peripherien und deren Rückwirkungen auf Zentren zugleich als integrale Bestandteile eines modernen kapitalistischen Weltsystems in den Blick zu nehmen. Als Interaktionszusammenhang *par excellence* lässt ein solches Erklärungsmodell zwar keine Wohlstands- oder Friedenszeiten zu. Unverbundene,

aus sich selbst erklärende nationalstaatliche Einheiten, die wie Leibniz'sche Monaden parallel nebeneinander existieren, verbieten sich aber darin auch. Eine Perspektivierung sozialwissenschaftlicher Analyse im Hinblick auf die Verwobenheit der Moderne(n) mit ihrem jeweils Anderen wäre somit für eine globale Soziologie wie für eine globale Geschichtswissenschaft wegbereitend – vielleicht sogar umstrukturierend.

Anmerkungen

- 1 Kreckel, Reinhard (2006): Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext, Hallescher Graureiher 2006-4, unter: www.sozioogie.uni-halle.de/publikationen/
- 2 Veblen, Thorstein (1915): *Imperial Germany and the Industrial Revolution*, New York: Augustus M. Kelley
- 3 Trotzki, Leo (1930): *Geschichte der russischen Revolution*. Februarrevolution, Essen: Mehring Verlag, S. 8
- 4 vgl. Schmid, Bernhard (2006): *Geschichtspolitik: Schlupfloch am anderen Ufer*, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Frankreich/kolonialismus.html>; *Les Indigènes de la République* www.indigenes-republique.fr, letzter Aufruf 28.11.2011
- 5 vgl. Orwell, George (1991): 1984, Berlin: Ullstein
- 6 Rushdie, Salman (1994): *The Satanic Verses*, Vintage: London
- 7 vgl. Boatcă, Manuela (2011): *Catching Up with the (New) West. The German „Excellence Initiative“, Area Studies, and the Re-Production of Inequality*, in: *Human Architecture. Journal of the Sociology of Self-Knowledge*, IX, Special Issue, S. 17-30
- 8 Manicas, Peter T. (1991): *The Social Science Disciplines: The American Model*, in: Peter Wagner/Björn Wittrock/Richard Whitley (Hrsg.), *Discourses on Society: the Shaping of the Social Science Disciplines*, Dordrecht: Kluwer Academic, S. 45-71
- 9 vgl. Rodney, Walter (1982): *How Europe Underdeveloped Africa*, Washington, D.C.: Howard University Press
- 10 http://www.understandingrace.org/lived/global_census.html
- 11 vgl. Boatcă, Manuela (2010): *Diskriminierung in der longue durée. Globale Muster und lokale Strategien*, in: Albert Scherr/Ulrike Hormel (Hrsg.): *Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 115-133
- 12 Grosfoguel, Ramón (2011): *The Dilemmas of Ethnic Studies in the United States. Between Liberal Multiculturalism, Identity Politics, Disciplinary Colonization, and Decolonial Epistemologies*, in: *Human Architecture. Journal of the Sociology of Self-Knowledge*, IX, Special Issue, S. 81-90 (hier S. 88)
- 13 Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (2002): *Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt*, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hrsg.): *Jenseits des Eurozentrismus*. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 9-49; Therborn, Göran (2003): *Entangled Modernities*, in: *European Journal of Social Theory* 6(3), S. 293-305; Subrahmanyam, Sanjay (1997): *Connected Histories. Notes Toward a Reconfiguration of Early Modern Eurasia*, in: *Modern Asian Studies* 31 (3), S. 735-762

Adresse

Prof. Dr. Manuela Boatcă, Freie Universität Berlin, Lateinamerika-Institut, Rüdeshheimerstr. 54-56, D-14197 Berlin